

BERLINER RUNDSCHAU

Bezugspreis (im Mitgliedsbeitrag enthalten, Erscheinungsweise: einmal im Quartal)
02/ 2013 39. Jahrgang 1,20 EUR



NEIN ZU GEWALT

Frank Henkel startet Wertedialog

Seite 4-5



Das sagen die CDU-Mitglieder:

Zwei aktuelle Umfragen und die Ergebnisse

Seite 2, 3 und 14



Neuer Großflughafen - jetzt aBER richtig

Das beschloss der CDU Landesvorstand

Seite 7



Einladung zum zweiten Fröhschoppen

am Wittenbergplatz am 17. März

Seite 16

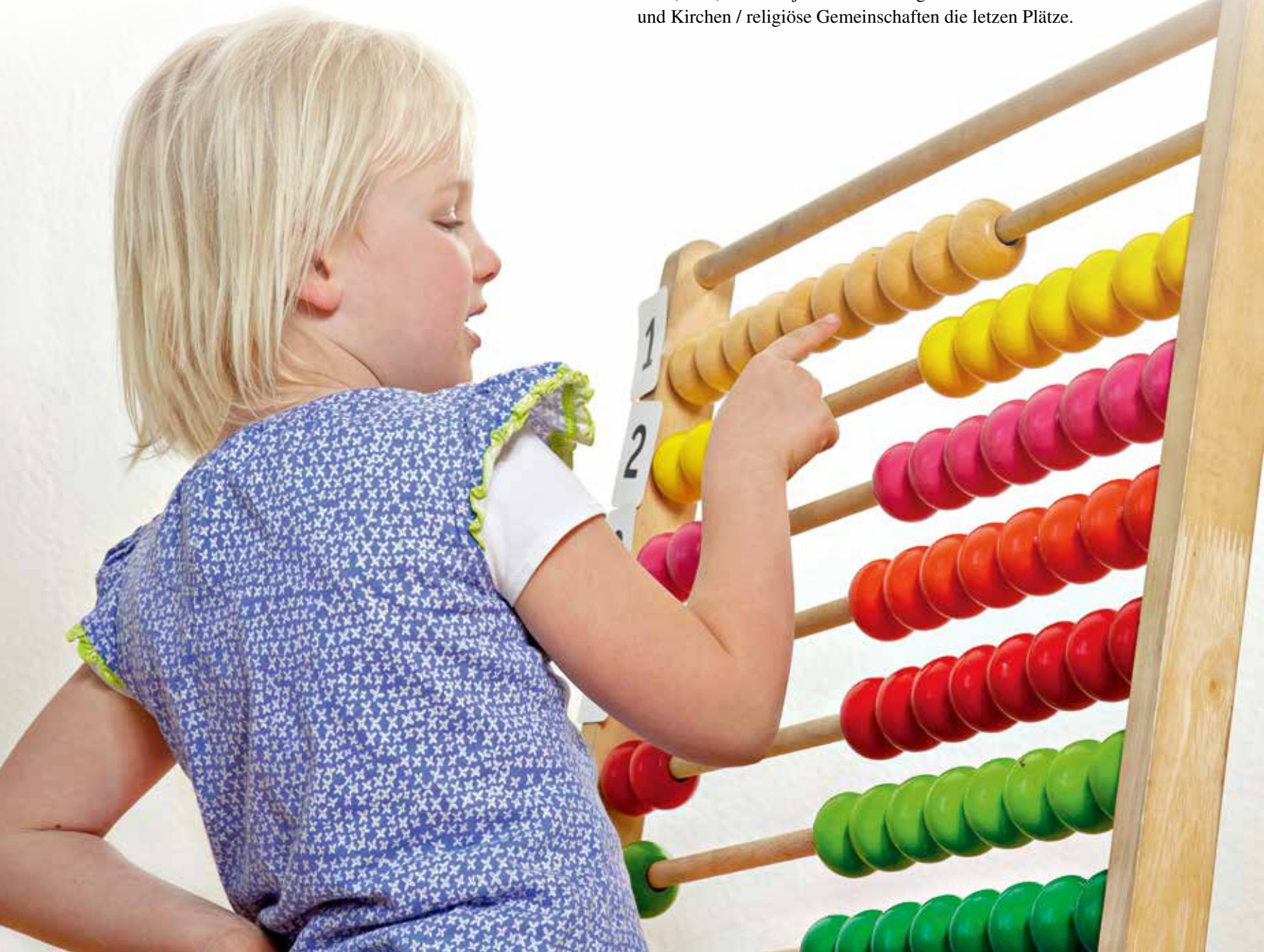
Eltern und Ehrlichkeit sind am wichtigsten

Welche Werte sind Ihnen besonders wichtig? Dies wollte die Berliner CDU in ihrer ersten „Umfrage des Monats“ von ihren Mitgliedern erfahren. In nur wenigen Tagen haben über 800 darauf geantwortet – hier sind die ersten Zwischenergebnisse.

Die erste Frage der „Umfrage des Monats“ beschäftigte sich mit dem „C“ in der CDU. Das CDU-Grundsatzprogramm nennt das christliche Menschenbild als Leitbild für die Politik der CDU. Daraus leiten sich die Grundwerte der Union ab – Würde aller Menschen, Freiheit, Gleichheit und Solidarität. Wir wollten wissen, wie unserer Mitglieder zum „C“ in der Alltagspolitik stehen. Eine große Mehrheit von **60%** ist der Meinung, „christliche Werte sollten neben sozialen, liberalen und konservativen Werten gleichberechtigt Maßstab von CDU-Politik sein“. **22%** wünschen sich eine stärkere Betonung christlicher Werte in der Tagespolitik und **17%** sehen darin „eher einen historischen Politikansatz, der heute tagespolitisch in den Hintergrund rückt“.

Mit unserer zweiten Frage wollten wir wissen, welche Werte man Kindern mit auf ihren Lebensweg geben sollte. Bis zu vier Antworten waren möglich. Am häufigsten wurden hier Ehrlichkeit (**67%**) und Eigenverantwortung (**61%**) genannt. Darauf folgten Höflichkeit / gutes Benehmen sowie Toleranz mit jeweils **55%**. Für fast die Hälfte der Befragten (**49%**) war Verlässlichkeit entscheidend, **42%** votierten für Disziplin / Durchhaltevermögen, **29%** für Solidarität und **26%** für Fleiß. Ordentlichkeit landete mit **8%** auf dem letzten Platz.

„Von wem / wovon werden Kinder Ihrer Meinung nach heutzutage besonders stark beeinflusst?“ wollten wir anschließend wissen. Auch hier waren bis zu vier Nennungen möglich. Mit über drei Viertel der Nennungen (**79%**) belegen die Eltern den ersten Platz, gefolgt von Internet / Computer mit **74%** und Freunden mit **71%**. Das Fernsehen nannten **55%**. Einen deutlich geringeren Einfluss auf Kinder maßen die Befragten Lehrern / Erziehern (**32%**), Werbung (**29%**), Geschwistern (**26%**) und Großeltern (**11%**) bei. Mit jeweils **3%** belegten Bücher / Zeitschriften und Kirchen / religiöse Gemeinschaften die letzten Plätze.



Die CDU Berlin will´s wissen

Nach ihrem aufsehenerregenden Programm-Dialog im Abgeordnetenhauswahlkampf 2011 ergänzen die Berliner Christdemokraten die Mitmach-Möglichkeiten in der Hauptstadt-CDU. Die Ergebnisse gleich zweier Umfragen und die Losgewinner der Briefumfrage liegen nun vor.

Bereits im letzten Jahr wurde die interne Diskussionsseite www.cdu-berlin-diskutiert.de für die Mitglieder freigeschaltet, auf der Positionspapiere innerhalb der Mitgliedschaft diskutiert werden. Ende letzten Jahres schrieb außerdem der Landesvorsitzende der Berliner CDU, Frank Henkel, alle Mitglieder per Brief an, unter anderem um ihre Meinungen zur CDU-Aktivität und zum Medienverhalten zu erfragen.

Die nunmehr abgeschlossene Auswertung zeigte, dass das durchschnittliche CDU-Mitglied überwiegend Morgenpost oder Tagesspiegel liest, mit einigem Abstand folgen FAZ, Berliner Zeitung und B.Z. Im Internet wird wesentlich weniger nach Informationen gesucht, dann am ehesten bei spiegel.de. Ferngesehen wird traditionell öffentlich-rechtlich. Weit vorn und gleichauf ARD und ZDF, mit Abstand dahinter

rbb; wiederum deutlich zurück liegen die Privatsender. Als Radiosender liegt 88,8 vom rbb deutlich vorn. Und 26 Prozent derer, die geantwortet haben, sind bei facebook angemeldet.

Als vordringliche politische Themen bezeichnen die CDU-Mitglieder zur Jahreswende das Thema Innere Sicherheit, jeweils auch wichtig, aber nur halb so oft genannt sind die Themen Bildung/Schule, Infrastruktur und BER. Mit den Aktivitäten der CDU im Orts-, Kreis- oder Landesverband sind die Mitglieder ganz überwiegend sowohl in Bezug auf Häufigkeit wie auch auf Inhalt zufrieden. Ein Viertel bis ein Drittel ist es indes eher nicht.

Der Aussage, „Wer arbeitet, sollte genug zum Leben haben, ohne dass er zusätzliche Unterstützung vom Staat benötigt“ stimmten 93 % vollkommen (75 %) oder eher (18 %) zu. Dass „heute vieles gesellschaftlich lockerer und unangeregter ist als vor 30 Jahren“ finden mehr



als zwei Dritteln gut, 9 % stimmen dem gar nicht zu und weitere 19 % eher nicht.

Auf die Frage „mit welcher Partei die CDU in Berlin eine Koalition eingehen könne“, wobei Mehrfachnennungen möglich waren, bevorzugten die Mitglieder mit zwei Drittel Zustimmung die SPD, 55 % könnten sich die FDP vorstellen und ein Drittel die Grünen; 3 Prozent immerhin noch die Piraten und sogar 1,6 Prozent Die Linke.

lesen Sie bitte weiter auf Seite 14

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

manchmal ist es ein längerer Prozess, der nötig ist, um festzustellen, was im Leben wichtig ist. Und manchmal sehen wir uns mit Ereignissen konfrontiert, die uns schlagartig diese Frage beantworten. Die Rede ist von Werten. Sie dienen als Leitlinien sowohl für jeden Einzelnen als auch für die Gesellschaft.

Wie ein Blitzschlag hat uns beispielsweise der Tod von Johnny K. getroffen. Hier wurden elementare Werte wie Respekt und die Achtung vor dem Leben gröblich verletzt. Der von Innensenator Frank Henkel eingeführte Wertedialog über den Umgang mit Jugendgewalt ist daher richtig und notwendig. Aber dieser traurige Fall wirft auch die Frage nach dem Sinn der doppelten Staatsbürgerschaft auf. Der Hauptverdächtige Onur U. setzte sich in die Türkei ab. Da er mittlerweile den türkischen Pass besitzt, liefern ihn die Behörden nicht aus. Dies zeigt, dass der Doppelpass Kriminalität erleichtert. Außerdem kann es keine Loyalität gegenüber zwei Staaten geben. Die Berliner CDU lehnt die doppelte Staatsbürgerschaft daher ab.

Ein weiterer zentraler Wert ist Solidarität. Zur sozialen Verantwortung gehört auch, dass Menschen von ihrer Hände Arbeit leben können. Die Berliner CDU hat vor diesem Hintergrund einen Beschluss gefasst, eine Lohnuntergrenze einzuführen. Die Höhe soll eine unabhängige Kommission aus dem Kreise der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber festlegen. So bleibt zugleich die Tarifautonomie gewahrt. Wir hoffen, dass der Koalitionspartner im Bund, die FDP, endlich ein Einsehen hat und einer Lohnuntergrenze zustimmt. Dann stünde einer Einführung noch vor der Bundestagswahl nichts mehr im Wege.

Kai Wegner

Mit herzlichen Grüßen,
Kai Wegner, MdB
Generalsekretär der CDU Berlin



AUF EIN WORT

Frank Henkel startet

Nach einer Serie erschütternder Gewaltvorfälle in Berlin hat der CDU-Landesvorsitzende und Innensenator Frank Henkel einen breiten gesellschaftlichen Dialog über Werte initiiert. Unter dem Motto „Gewalt hat keinen Wert. Du schon.“ führt Henkel das ganze Jahr über Gespräche mit verschiedenen gesellschaftlichen Akteuren. Im Zentrum des Wertedialogs steht die Frage, wie ein friedliches und respektvolles Miteinander realisiert werden kann.

Die Verbrechen an Burak B. und Jonny K. sowie der feige Überfall auf Rabbi Alter haben nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland für Fassungslosigkeit gesorgt. Sie sind die jüngsten Höhepunkte einer Serie erschütternder Vorfälle in der Hauptstadt, in der Gewalt mittlerweile



zum Alltag gehört. Eine Entwicklung, die sich in den vergangenen Jahren immer mehr zugespitzt hat und der Frank Henkel, CDU-Landesvorsitzender und seit Dezember 2011 Senator für Inneres von Berlin, entschieden entgegentritt. „Die Brutalität der Vorfälle muss uns sehr besorgen“, erklärt Henkel, „die Gesellschaft sieht sich mit sinkenden Hemmschwellen konfrontiert.“ Nach Ansicht des Innensensors könne das Gewaltproblem nicht allein von Polizei und Justiz bewältigt werden. „Wir müssen früher ansetzen“, ist Henkel überzeugt. Aus diesem Grund hat er einen breiten Dialog über Werte und Gewalt in unserer Gesellschaft initiiert. Unter dem Motto „Gewalt hat keinen Wert. Du schon.“ besucht er das ganze Jahr 2013 über verschiedene Initiativen und führt Gespräche mit zahlreichen gesellschaftlichen Akteuren. „Ich möchte vor allem mit denjenigen sprechen, die tagtäglich mit diesen Fragen konfrontiert sind und dabei gerade mit Jugendlichen arbeiten“, so CDU-Chef Henkel. „Wir werden den Kampf gegen Gewalt nur gewinnen, wenn wir vor allem junge Menschen einbinden und Vorbilder stärken.“

Zum Auftakt des Wertedialogs im November letzten Jahres traf sich Innensenator Henkel mit Vertretern von Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften. „Ich habe mich für das erste Gespräch bewusst für Migrantenorganisationen und Religionsgemeinschaften entschieden. Gerade die Religionsgemeinschaften können in der Wertedebatte wichtige Impulse liefern und dabei Halt und Orientierung geben“, so Henkel.

Fortgesetzt wurde der Wertedialog des Innensensors durch den Besuch des Vereins HEROES. In dem 2007 in Berlin gegründeten Verein engagieren sich junge Männer aus Ehrenkulturen gegen die Unterdrückung im Namen der Ehre und für die Gleichberechtigung und Gleichstellung von Frauen und Männern. Die HEROES besuchen Schulklassen, Ausbildungsstätten oder Jugendeinrichtungen, um mit Jugendlichen über Ehre zu diskutieren und ihnen alternative Sichtweisen anzubieten. Gemeinsam mit den HEROES legte Innensenator Henkel Blumen am Gedenkstein für Hatun Sürücü nieder, die vor acht Jahren Opfer eines sogenannten „Ehrenmordes“ wurde. „Es ist wichtig, dass auch acht

Jahre nach der Tat an den schrecklichen Mord erinnert wird. Sie hat allen vor Augen geführt, dass es inmitten der Gesellschaft Frauen gibt, die wegen ihrer Lebensweise bedroht werden“, so Henkel. Anschließend diskutierte der Innen-



senator in der Geschäftsstelle der HEROES in Neukölln mit Jugendlichen über Werte, Identität und Gewalt. „Der Termin bei den HEROES war eine gute Gelegenheit, um mit engagierten und wertegeliteten jungen Menschen über diese Fragen ins Gespräch zu kommen“, so Henkel.



Die dritte Station der Wertedialog-Tour bildete das Projekt „Anstoß für ein neues Leben. Mit Fußball zurück in die Gesellschaft“ in der Jugendstrafanstalt Berlin. Das Projekt ist eine gemeinsame Initiative der Sepp-Herberger-Stiftung, des Deutschen Fußballbundes und der Bundesagentur für Arbeit und engagiert sich seit 1977 für Resozialisierung von Strafgefangenen, seit 2008 liegt der Fokus auf der Resozialisierung von jugendlichen Strafgefangenen. Durch das regelmäßige Training wird den jugendlichen Straftätern ein Übungsfeld für erfolgreiche Wiedereingliederung geboten. Sie lernen dadurch, Regeln zu beachten, sich auf ihre Mannschaftskameraden zu verlassen und Rückschläge zu verarbeiten.

Wertedialog



An dieser Stelle wurde am 7. Februar 2005 die damals 23-jährige Hatun Sürücü ermordet, weil sie sich Zwang und Unterdrückung ihrer Familie nicht unterwarf, sondern ein selbstbestimmtes Leben führte.

Der Wertedialog des Innensenators soll noch das ganze Jahr weitergeführt werden. Nächste Woche besucht Frank Henkel eine Berliner Schule und wird mit Schülerinnen und Schülern über

Gewalt und Werte sprechen. Am 28. Februar hält er in der Urania einen Vortrag zum Thema „Gewalt in Berlin: Was sind die Ursachen? Welche Gegenstrategien gibt es?“ mit anschließender Diskussion. Darüber hinaus nimmt er an einer Diskussionsveranstaltung mit der Schwester des am Alexanderplatz totgeprügelten Jonny K. teil. Zahlreiche weitere Termine sind in den kommenden Monaten geplant.

Das Ziel des Dialogs fasst Henkel wie folgt zusammen: „Mir geht es darum, die Fragen zu klären, wie

ein friedliches Miteinander realisiert, die Gesellschaft zusammengehalten und mehr Respekt füreinander und für das Umfeld geschaffen werden kann.“



Funktionierenden S-Bahn-Betrieb sicherstellen

Viele Menschen, die in Berlin leben, die unsere Stadt besuchen, oder die hier geschäftlich zu tun haben, sind auf einen funktionierenden öffentlichen Personennahverkehr angewiesen. Davon ist die S-Bahn leider weit entfernt. In einem Beschluss bekräftigt die CDU-Fraktion daher, die seit Jahren anhaltenden Probleme endlich zu beheben und die Ausschreibung rechtssicher fortzusetzen.

„Es ist ein politischer Rahmen notwendig, der einen qualitativ hochwertigen, sicheren und störungsfreien S-Bahn-Betrieb gewährleistet“, erklärt der verkehrspolitische Sprecher und parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion, Oliver Friederici. Das ist angesichts der Entwicklungen der vergangenen Jahre auch dringend nötig. Seit 2009 schlittert die S-Bahn von einer Krise in die nächste. Es vergeht kaum ein Tag, an dem es nicht zu technischen Problemen und Zugausfällen kommt. Die Situation wird sich sogar noch verschärfen. Denn 150 Züge der Baureihe 485, die sogenannten „Cola-Dosen“, brauchen dringend neue Sicherungssysteme. Wenn sie nicht umgerüstet werden, müssen sie 2017 aus dem Verkehr gezogen werden.

Für Oliver Friederici ist deshalb klar: „Oberstes Ziel muss eine verlässliche Bereitstellung von

Zügen seitens der S-Bahn für alle Fahrgäste sein. Die Beschaffung neuer Züge und ein entsprechender neuer Betreibervertrag sind unabdingbar.“ Aber auch der Senat müsse etwas tun, damit sich die Situation verbessert. Das Hin und Her in der Vergangenheit zur möglichen Direktvergabe habe bereits viel zu viel Zeit gekostet. „Der Senat ist als exekutiver Aufgabenträger dafür verantwortlich, dass ausreichend neue Züge fristgerecht geordert und für den Verkehr bereitgestellt werden können“, betont Oliver Friederici.

Der Beschluss der CDU enthält darüber hinaus die Forderung, die vom Senat 2012 veröffentlichte Teilausschreibung des S-Bahn-Rings rechtssicher fortzusetzen. Das Kammergericht Berlin hat eine Vereinfachung des Verfahrens sowie eine Überprüfung der Laufzeiten, insbesondere bezüglich der Wartung, empfohlen, um auch dem EU-Recht zu entsprechen. „Der Senat muss jetzt zügig aufzeigen, wie das begonnene Ausschreibungsverfahren bei der S-Bahn



rechtssicher fortgesetzt werden kann“, so Oliver Friederici weiter. Eine rechtssichere Vergabe sei bereits im Koalitionsvertrag vereinbart.

Die CDU spricht sich deutlich für eine Teilausschreibung des S-Bahn-Rings aus. „Eine Direktvergabe würde erneut langwierige Diskussionen verursachen und eine schnellstmögliche Lösung der Probleme bei der S-Bahn verhindern. Die Fahrgäste haben aber genau darauf einen Anspruch. Es lässt sich nicht erklären, warum sie Geld für eine Leistung bezahlen müssen, die nicht zu 100 Prozent erbracht wird“, macht Oliver Friederici deutlich.

Lehrermangel beheben - Verbeamtung als Weg

Der Ärger der angestellten Lehrerinnen und Lehrer ist groß. Sie fordern vor allem eine gleiche Bezahlung wie ihre verbeamteten Kollegen. Um dies zu erreichen, kam es in diesem Jahr an vielen Schulen bereits zweimal zu Streiks. Diese Ungleichbehandlung muss behoben werden. Der Vorstand der CDU Berlin hat daher gefordert, Lehrkräfte in Berlin wieder zu verbeamten. Damit bekräftigt er die Forderung aus dem Jahr 2011.



Mit einer Gleichstellung sieht die Berliner CDU eine Chance, die Personalsituation an den Schulen der Hauptstadt zu entschärfen. Der Beschluss verweist darauf, dass durch die höhere Attraktivität des Lehrerberufs dem permanent drohenden Unterrichtsausfall in Berliner Schulen, den anhaltenden Schwierigkeiten, ausreichend qualifizierte Fachlehrer für die Berliner Schulen zu finden, sowie der absehbaren Pensionierungswelle in den kommenden Jahren bei steigenden Schülerzahlen wirksam begegnet werden kann.

„Lehrer sind die Partner bei allen Bemühungen, das Berliner Schulsystem zu verbessern. Sie verdienen daher zu Recht eine angemessene, sichere Bezahlung. Eine Verbeamtung würde zudem nicht nur zum Schulfrieden, sondern insbesondere zum Lehrerfrieden beitragen. Dies ist wichtig für den Bildungserfolg unserer Kinder. Für sie muss die Schule ein Ort des Vertrauens und Verlässlichkeit sein“, hebt der Generalsekretär der CDU Berlin, Kai Wegner, hervor. Gleichzeitig stünde die CDU Berlin für eine Po-

litik der Haushaltskonsolidierung, für finanzielle Stabilität und einen modernen öffentlichen Landesdienst. Daher gehöre die Verbeamtung von Lehrern mit der Einrichtung eines Fonds für Pensionsrückstellungen zusammen.

Die Vorsitzende des Landesfachausschusses für Schulpolitik und Berufliche Bildung, Katrin Schultze-Berndt, macht zudem auf die verschiedenen Gehaltsmodelle für Berliner Lehrkräfte aufmerksam, die bei gleicher Arbeit um bis zu mehrere hundert Euro differierten. „Des Weiteren besteht ein genereller Wettbewerbsnachteil Berlins gegenüber den 13 anderen Bundesländern, die Lehrer verbeamten. Berlin hat darüber hinaus eine sehr heterogene Schülerschaft und benötigt deshalb besonders motivierte Lehrer“, so Katrin Schultze-Berndt weiter. Eine Verbeamtung, mit der klare Rechte und Pflichten, Eingruppierungen und Aufstiegsmöglichkeiten verbunden sind, sei daher die einzig richtige und nachhaltige Antwort auf die Herausforderungen der Berliner Schulpolitik.

Neuer Großflughafen – jetzt aBER richtig

DAS HAT DER CDU-LANDESVORSTAND BESCHLOSSEN:

Fehlentscheidungen aus der Zeit der rot-roten Vorgängerregierung müssen rasch überwunden werden. Dazu bedarf es einer schonungslosen Analyse. Das BER-Projekt muss planerisch und finanziell völlig neu bewertet werden.

- An verantwortlicher Stelle muss mehr Fachexpertise hinzugezogen werden.
- Die erneute Terminverschiebung muss dazu genutzt werden, den neuen Flughafen zu erweitern und an den tatsächlichen Bedarf und den Kapazitäten der Zukunft auszurichten.
- Der Flughafen Tegel muss so ertüchtigt werden, dass er für den Übergangszeitraum bis zur Eröffnung von BER die Drehkreuzfunktion übernehmen kann.
- Um die Anwohner des Flughafens Tegel zu entlasten, muss der Flugverkehr mit dem Sommerflugplan 2013 gerechter zwischen Tegel und Schönefeld verteilt werden.
- Unternehmen, die durch die Verschiebung des Eröffnungstermins in finanzielle Not geraten, werden durch ein eng gestricktes Netz von Wirtschaftsförderinstitutionen beraten und unterstützt.
- Die CDU Berlin spricht sich für die Einrichtung einer „Sonderkommission BER“ aus, um die fachliche Expertise aus den Senatsverwaltungen zusammenzufassen und damit die fachlichen und personellen Kompetenzen zu bündeln.
- Um Transparenz gegenüber dem Parlament zu gewährleisten, fordert die Berliner CDU, dem Abgeordnetenhaus von Berlin kontinuierlich alle sechs Wochen einen Bericht über den Projektfortschritt und den Realisierungsgrad am Flughafen BER zu geben.

In der letzten Sonderausgabe der Berliner Rundschau haben wir ausführlich über den Flughafen Berlin Brandenburg (BER) berichtet. In dieser, der regulären, Ausgabe fassen wir noch einmal das Wichtigste zusammen.

Die Berliner CDU steht zum BER. Um dies zu bekräftigen, hat sie in der jüngsten Sitzung des Landesvorstands den Beschluss „Flughafen BER - was jetzt für einen Neustart nötig ist“ gefasst. Es wurden Maßnahmen verabschiedet, mit denen der neue Flughafen doch noch eine Erfolgsgeschichte werden kann.

Der Beschluss des CDU-Landesvorstands wurde von den Medien positiv aufgenommen. So sprach beispielsweise die B.Z. von „konkreten Vorschlägen statt vagen Versprechungen“. In der TAZ war von „viel Unterstützung für den Vorschlag, mehr Flughafenverkehr von Tegel nach Schönefeld zu verlagern“ die Rede.

In der Sonderausgabe der Berliner Rundschau zum BER hat sich der Vorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel, in einem Interview zu den Problemen und zur Verantwortung für dieses Projekt geäußert. „Wir haben diese Probleme von der Vorgängerregierung geerbt, aber dahinter werden wir uns nicht verstecken. Wir übernehmen Verantwortung.“ Die Linke versuche dagegen, den Eindruck zu erwecken, sie sei an der ganzen Angelegenheit völlig unbeteiligt. Dabei habe sie mit Harald Wolf knapp ein Jahrzehnt bis Ende 2011 im Aufsichtsrat

habe. Er hatte in der entscheidenden Phase die Möglichkeit, korrigierend einzugreifen. Für Frank Henkel ist klar: „Wir standen zu Oppositionszeiten zu diesem Großprojekt und tun dies selbstverständlich auch jetzt in der Regierung. Und das nicht irgendeiner Regierung wegen, sondern weil dieser Flughafen nach wie vor das wichtigste Infrastrukturprojekt der Region ist, was Arbeitsplätze und Infrastruktur betrifft. Ich gehe noch weiter - dieses Projekt ist von Bedeutung für die ganze Industriena-tion Deutschland. Deshalb wird die CDU alles dafür tun, es erfolgreich zu Ende zu führen.“



CDU-Landesverband Berlin,
Kleiststraße 23-26, 10787
Berlin
Tel.: 030 - 32 69 04-0
Fax: 030 - 32 69 04-44
REDAKTIONSLEITUNG:
Kai Wegner
CHEFREDAKTEUR:
Dirk Reitze
REDAKTION:
Ada Wendel, Gina
Schmelter

LAYOUT und Produktion:
BerlinMedia GmbH
DRUCKEREI Vettors

Bildnachweis:
von oben links nach unten
rechts:
S. 1: Reitze; Fotolia, Karin
und Uwe Annas; Björn
Rolle, Flughafen Berlin
Brandenburg; Reitze * S.
2: Fotolia, Karin und Uwe
Annas * S. 3: Reitze; Yves

Sucksdorff * S. 4-5: Reitze;
Sukale * S. 6: Reitze;
S. 7: Björn Rolle, Flughafen
Berlin Brandenburg; Reitze
* S. 8-9: Reitze * S. 10:
Bundestagsbüro (BTBü)
Dr. Steffel * S. 11: BTBü
Wegner; BTBü Grütters;
BTBü Wellmann; BTBü Vo-
gelsang; BTBü Dr. Luczak *
S. 12: Reitze; CDU Deuts-
lands; Kamprath; Herbert
Quandt, BMW-Stiftung;

CDU Lichtenberg; BERLIN-
boxx; UNIONHILFSWERK;
Thomas Moser; BTBü
Grütters; BTBü Vogelsang;
BTBü Wellmann; CDU
Greifswalder Straße *
S. 14: CDU Tegel; Junge
Union Reinickendorf; Büro
Zeller; Reitze; CDU Berlin
* S. 15: Reitze; Leibniz-
Gemeinschaft; Schatz
* S. 16: Reitze; Fotolia,
cirquedesprit

Für nicht angeforderte
Manuskripte wird keine
Haftung übernommen.
Namentlich gekennzeichnete
Beiträge geben nicht
unbedingt die Meinung
der Redaktion wieder.
Bezugspreis ist im Mit-
gliedsbeitrag enthalten.

Erscheinungsweise: Er-
scheint einmal im Quartal

Berlin 1933 und danach – Hajo Boehm berichtet

Machtergreifung, Stunde Null, Berlinblockade – der 1920 in Charlottenburg geborene Hans-Joachim (Hajo) Boehm erlebte seine Heimatstadt Berlin im Wandel der Jahrzehnte. Die Erinnerungen des CDU-Politikers und Stadtältesten von Berlin geben Einblicke in ein Leben, das maßgeblich von der Politik bestimmt wurde.

Es ist gelebte Geschichte, wenn der bald 93jährige Hajo Boehm auf sein Leben zurückblickt. „Keine zwei Jahre nach dem katastrophalen Ende des Ersten Weltkrieges“ geboren, führen seine Erinnerungen über die Not der Zwischenkriegszeit, den Aufstieg der Nationalsozialisten, die Schrecken des Zweiten Weltkrieges, den Aufbruch und den Wiederaufbau nach dem Krieg bis hin zu seinem Jahrzehnte währenden Einsatz für Berlin und die Berliner CDU. Ein Leben, das zu einem großen Teil durch die Politik bestimmt wurde.

Boehm erinnert sich, wie er bereits als Schulkind – in diesem Fall unangenehme – Erfahrungen mit Politik machte:

„In meiner Volksschulzeit hat mich einmal eine (...) Lehrerin durchaus wohlwollend gefragt, ob ich jüdisch sei. Das habe ich zwar verneint, jedoch mit dem Zusatz ‚Aber meine Urgroßmutter war eine Jüdin‘. Dieser Ausspruch, den ich 1929 getan habe, hat unserer Familie nach 1933 viel Ärger bereitet, weil ein Mitschüler, dessen Eltern deutschnational und antisemitisch waren, dies zu Hause erzählt hat. (...) 1933 hat mir jener bössartige Mitschüler den Spitznamen ‚Itzig‘ verpasst, was durch meinen Typ als Schwarzhäariger nur noch unterstrichen wurde. Die Tatsache einer teilweise jüdischen Abkunft hat uns dann bis zum Ende der Hitlerzeit verfolgt, was meine Mutter immer wieder in panikartige Aufregung versetzte.“

Den Tag der Machtergreifung, der sich vor wenigen Wochen zum 80. Mal jährte, erlebte Boehm als 12Jähriger:

„(...) Am 30. Januar 1933, danach als ‚Tag der Machtergreifung‘ glorifiziert, kamen Nachbarn zu uns zu Besuch (...). Während die Erwachsenen plauderten, habe ich an diesem Abend die Reportage gehört, wie die Nationalsozialisten durch das Brandenburger Tor marschieren sind. Zu dieser Zeit war ich zwar schon politisch interessiert, konnte aber als 12Jähriger noch nicht ermessen, was da auf uns zukam. Die öffentliche Präsenz der Nazis empfanden wir als aufdring-

lich und unsympathisch, den Hitlergruß als lächerlich, besonders bei Onkel Willi, der uns am Telefon immer so begrüßte. Und dass die SA ein Schlägertrupp war, wusste man und hat es mit Furcht und Antipathie registriert.“

Die Abneigung, die Hajo Boehm bereits früh gegen die Nationalsozialisten entwickelte, verstärkte sich durch eine Begegnung, die er als 13Jähriger hatte:

„Ein sehr schlimmes persönliches Erlebnis hatte ich am 1. Mai 1934, der zum ‚Tag der Nationalen Arbeit‘ proklamiert worden war. Im Lustgarten mussten alle, auch die Schüler, die nicht organisiert waren, mit ihrer Klasse antreten. Im Gedränge wurden wir gegen eine Mädchengruppe gedrückt, und auf einmal griff mich so ein HJ-Führer heraus und fing an, mich anzubrüllen. Als ich begann, mich zu rechtfertigen, hat er angefangen, mich zu ohrfeigen und bei jedem Protest von mir prügelte er weiter. Und mein Lehrer hat weggeguckt. So habe ich erneut den paramilitärischen Größenwahn der neuen Führer kennengelernt. Das hat mich weiter immun gemacht gegen die NS-Jugendbewegung (...).“

Im September 1940 wurde Boehm zum Militär eingezogen und diente ab Juni 1941 „in Sowjetrussland, stets im Fronteinsatz“:

„Am Tag des Kriegsbeginns mit Russland, dem 22. Juni 1941, lagen wir etwa 25 Kilometer südwestlich von Brest-Litworsk, der sowjetischen Grenze von 1939 zum von Deutschland beherrschten Generalgouvernement Polen. Die Grenze bildete der Fluss Bug. Wir wurden von Geschützendonner geweckt (...).“

Die Grauen des Krieges zeigten sich bald:

„Im Lazarett hörte ich erstmals von Massenerschießungen an Juden oder Russen. Wie man erzählte, mussten sie ihr Grab selbst schaufeln, sich dann an den Rand stellen, um erschossen zu werden.“

Nach zwei Kriegsverwundungen geriet er 1945 in amerikanische Kriegsgefangenschaft. Bald nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ersuchte Boehm um die Aufnahme in die neu gegründete Christlich Demokratische Union Deutschlands, der zum 1. April 1946 stattgegeben wurde.

„Nach dem totalen Zusammenbruch Deutschlands und mit den Erfahrungen aus der Nazi-

zeit glaubte ich, dass eine stärkere Orientierung hin zum Christlichen erstrebenswert sei. Bei den Sozialdemokraten vermutete ich zu viel Reglementierung, Bevormundung – wenn auch gut gemeint. Davon hatten wir eigentlich die Nase voll. Möglichst freie Entfaltung sollte möglich sein. Als ich im Gründungsauftrag der CDU entdeckte, dass bei starker Betonung des Christlich-Sozialen auch liberale Elemente vorhanden waren und dazu erstmals liberale Politiker in der CDU waren, entschied ich mich gegen die damalige LDP (später im Westen FDP) und stellte einen Aufnahmeantrag beim Berliner Ortsverband Rheingau der CDU.“

Bald darauf wurde Boehm Kreisvorsitzender der Jungen Union Schöneberg und sah, wie die politische Situation in seiner Heimatstadt eskalierte:

„In der Jahresmitte 1948 spitzte sich die politische Lage in Berlin dramatisch zu. Am frühen Morgen des 24. Juni folgte, nachdem es schon vorher Behinderungen des Verkehrs gegeben hatte, die Unterbrechung des gesamten Versorgungsverkehrs auf Straße und Schiene sowie Binnenschiffahrt zwischen Berlin und den Westzonen. Das war der Beginn der ‚Berlinblockade‘, in der der Westteil dann überwiegend durch die ‚Luftbrücke‘ versorgt wurde (...).“

Als Ordner für die CDU-Fraktion erlebte Boehm die Erstürmung des Stadthauses durch kommunistische Betriebsgruppen und die gewaltsame Auflösung der dort tagenden Stadtverordnetenversammlung. Er wurde von der Ostpolizei in Untersuchungshaft genommen:

„(...) Auch diesmal, es war der 6. September 1948, waren Tausende von bestellten Demonstranten vor dem Stadthaus in der Parochialstraße versammelt. In einem unverkennbaren Zusammenspiel der Protestierer mit der Ostberliner Polizei wurde das Stadthaus gestürmt. ‚Das Volk‘ drang erneut in den Sitzungssaal ein, verprügelte vornehmlich sozialdemokratische Abgeordnete (...). (...) Nach Abbruch der Tagung sollten alle das Stadthaus verlassen. Dabei kontrollierte die Markgraf-Polizei die Personal-





Hajo Boehm zeigt ein Foto, auf dem der Lustgarten am 1. Mai 1934 zu sehen ist. Damals wurde er in der Menschenmenge von einem HJ-Führer geohrfeigt.

papiere und sonderte die Westberliner aus. Ich, der keinen gültigen Personalausweis vorweisen konnte, wurde ins Polizeipräsidium überführt (...). (...) Ich selbst kam zunächst in Einzelhaft, später in eine Viererzelle, die ursprünglich für zwei Häftlinge bestimmt war, Essen neben der Toilette. (...) Völlig unerwartet wurden wir am 22. Oktober entlassen, einen Tag vor meinem 28. Geburtstag. Noch am gleichen Tag habe ich (...) einen Bericht über unsere Erlebnisse geschrieben (...) und habe ihn dem ‚Tagesspiegel‘ angeboten. Der Artikel, etwa 150 Zeilen, erschien, nur wenig gekürzt, am nächsten Tag, gezeichnet mit hjb. Das hat mich stolz gemacht.“

Während seines Studiums übernahm Boehm 1949 das Amt des Landesvorsitzenden der Jungen Union Berlin von seinem späteren Schwager Peter Lorenz. Nach seinem Abschluss wurde Hajo Boehm mit 34 Jahren zunächst Persönlicher Referent des Senators für Finanzen. 1958 wurde er auf dem CDU-Parteitag zum Landeschatzmeister gewählt:

„Bei meinen Anlagen war aber auch klar, dass ich mich nicht allein auf die Finanzen konzen-

trierte, sondern als Mitglied des Landesvorstandes politisch mitmischte. Weil aber das Ressort allen anderen als zu schwierig erschien, hatte ich bei den Parteiwahlen nie einen Gegenkandidaten und konnte mich ohne Kungelei 25 Jahre halten.“

Finanzen sollten auch weiterhin Boehms politische Karriere bestimmen: 1959 wurde er zum Bezirksstadtrat für Finanzen von Steglitz gewählt sowie wenig später zum Kassenprüfer der Bundespartei. Nach einer kurzen Zeit als Senatsdirektor für Bundesangelegenheiten von 1962 bis 1963 und einer anschließenden politischen Pause zog Boehm als 46-Jähriger über die Bezirksliste von Tempelhof in das Berliner Abgeordnetenhaus ein:

„(...) durch die Wahlen vom 14. März 1967 (...) wurde ich Sprecher für wirtschaftspolitische Fragen und später Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft im Abgeordnetenhaus. Obgleich die CDU auch 1967 in der Opposition blieb, habe ich an der Lösung vieler wirtschaftspolitischer Fragen mitwirken können. Infolge des Einsatzes meines Freundes Peter Lorenz wurde ich Mit-

glied der sogenannten Bundespräsidentenrunde zur Erarbeitung von neuerlichen Vorschlägen für die Förderung Berlins und seiner Wirtschaft (...). Zu den Vorschlägen habe ich selbst einen für den freifinanzierten Wohnungsbau beitragen können, abgesehen von der Mitwirkung an zahlreichen anderen.“

Anfang der 1970er Jahre gestaltete Hajo Boehm die Berliner CDU gemeinsam mit Peter Lorenz zu einer modernen Bürgerpartei um – mit viel Erfolg:

„Die Wahl 1971 unter Führung von Peter Lorenz („mit der neuen CDU“) brachte nach dem konservativen Franz Amrehn das bis dahin beste Ergebnis mit 38,2%, das sich 1975 noch auf 43,2% steigerte und die CDU damit zur stärksten Partei und Fraktion in Westberlin machte.“

1985 kandidierte Hajo Boehm nicht mehr als Abgeordneter und zog sich aus der aktiven Politik zurück. Fünf Jahre später wurde ihm der Ehrentitel des Stadtältesten von Berlin verliehen. Boehm hat vier Kinder und zwei Enkelkinder und lebt heute in Wannsee.



Frank Steffel unterstützt Ehrenamtliche

Anerkennung für Helfer: Der Reinickendorfer CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Frank Steffel möchte die Arbeit von Ehrenamtlichen, Vereinen und gemeinnützigen Organisationen unterstützen. Gemeinsam hat die schwarz-gelbe Regierungskoalition deshalb ein Gesetzespaket zur Stärkung des Ehrenamts entworfen. Das Gesetz wurde bereits im Bundestag verabschiedet und soll in den nächsten Wochen auch im Bundesrat beschlossen werden.

„Vereine und gemeinnützige Organisationen sind Schulen der Demokratie. Hier lernen junge Menschen fürs Leben. Deshalb brauchen wir eine lebendige Vereinskultur. Die gibt es aber nur, wenn sich weiterhin so viele Menschen ehrenamtlich engagieren“, sagt Frank Steffel. Allein in Berlin gibt es mehr als 20.000 gemeinnützige Organisationen und Vereine. Insbesondere die Kommunalpolitik wäre ohne die vielen ehrenamtlich Aktiven in allen Parteien nicht denkbar. Frank Steffel betont: „Wir wollen mit unserem Gesetzesentwurf dieses Engagement wertschätzen.“

Frank Steffel engagiert sich als Mitglied im Finanzausschuss und im Sport- und Ehrenamtsausschuss kontinuierlich für das Ehrenamt und



Helden des Alltags: Organisationen wie das THW, das Deutsche Rote Kreuz und die Freiwilligen Feuerwehren will Frank Steffel mit dem neuen Gesetz zur Stärkung des Ehrenamts unterstützen.

ist selbst als Präsident der Füchse Berlin Reinickendorf ehrenamtlich aktiv. „Ich bin für eine handfeste Unterstützung des Ehrenamts und nicht für Sonntagsreden“, so Steffel.

Unter anderem ist die Anhebung der Pauschalen im Steuerrecht geplant. Übungsleiter können künftig bis zu 2.400 Euro jährlich steuer- und sozialversicherungsfrei erhalten. Alle anderen

Ehrenamtlichen werden mit der Ehrenamtszuschuss von 720 Euro begünstigt. Des Weiteren sollen Vereine für größere Anschaffungen sparen können. Bisher mussten sie Spendenmittel zeitnah ausgeben. Im Gesetzesentwurf ist vorgesehen, dass dafür die Frist um ein Jahr verlängert wird.

„Das Ehrenamt ist eine wichtige Stütze unserer Gesellschaft. Ich freue mich deshalb besonders, dass Hunderttausende Ehren-

amtliche in Berlin, die sich dankenswerterweise für unsere Gesellschaft engagieren, von dem neuen Gesetz profitieren“, erklärt Frank Steffel. Der Gesetzesentwurf soll im Bundesrat Anfang März 2013 verabschiedet werden. Die Änderungen würden dann rückwirkend zum 1. Januar 2013 in Kraft treten.

GESCHÄFTSSTELLEN UND BÜRGERBÜROS

Reinickendorf

Oranienamm 6-10, Aufgang D,
13469 Berlin, Tel.: 496 12 46
Fax : 496 30 53, info@cdu-reinickendorf.de, www.cdu-reinickendorf.de

Spandau

Hoher Steinweg 4, 13597 Berlin
Tel.: 333 11 33, Fax: 333 95 23
Email: info@cdu-spandau.de
Internet: www.cdu-spandau.de

Charlottenburg-Wilmersdorf

Rathaus Charlottenburg,
Raum 229, 10585 Berlin
Tel.: 341 35 34, Fax: 341 02 50
Email: info@city-cdu.de
Internet: www.city-cdu.de

Steglitz-Zehlendorf

Clayallee 349, 14169 Berlin
Tel.: 797 011 70, Fax: 797 011 71
Email: kontakt@cdusz.de
Internet: www.cdusz.de

Mitte

Levetzowstr. 10, 10555 Berlin
Tel.: 395 27 80, Fax: 3903 4144
Email: kreisgeschaeftsstelle@cdumitte.de
Internet: www.cdumitte.de

Lichtenberg

Normannenstr. 1-2, 10367 Berlin
Tel.: 9760 1933, Fax: 9760 1928
Email: post@cdu-lichtenberg.de
Internet: www.cdu-lichtenberg.de

Tempelhof-Schöneberg

Tempelhofer Damm 158/160, 12099 Berlin
Tel.: 751 33 88, Fax: 752 22 74
Email: service@cdu-tempelhof-schoeneberg.de
Internet: www.cdu-tempelhof-schoeneberg.de

Neukölln

Donaustr. 100 , 12043 Berlin
Tel.: 687 22 99, Fax: 681 77 41
Email: info@cdu-neukoelln.de
Internet: www.cdu-neukoelln.de

Pankow

Prenzlauer Promenade 179, 13189 Berlin
Tel.: 428 74 81, Fax: 428 06 377
Email: kgs@cdupankow.de
Internet: www.cdupankow.de

Wuhletal (Marzahn-Hellersdorf)

Fritz-Reuter-Str. 11, 12623 Berlin
Tel.: 56 69 74 50, Fax: 56 69 74 55
Email: info@cduwuhletal.de
Internet: www.cduwuhletal.de

Friedrichshain-Kreuzberg

Markgrafenstraße 87, 10969 Berlin
Tel.: 2529 9580, Fax: 2529 9582
Email: info@cdu-friedrichshain-kreuzberg.de
Internet: www.cdu-friedrichshain-kreuzberg.de

TREPTOW-KÖPENICK

Dörpfeldstr. 51, 12489 Berlin
Tel.: 6397 9871, Fax: 6397 9872
Email: cdu-kv-tk@arcor.de
Internet: www.cdu-treptow-koepenick.de



Kai Wegner für Begrenzung der Stromkosten



Die Erneuerbare-Energien-Umlage treibt die Strompreise auf Rekordhöhen. Damit die Energieverwendung volkswirtschaftlich verantwortbar und bezahlbar bleibt, setzen die Wirtschaftspoliti-



ker der Union auf die von Umweltminister Peter Altmaier (CDU) vorgeschlagene Strompreisbremse und eine EEG-Reform nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen. „Es kann nicht sein, dass die Ökostromerzeuger mit ihren Anlagen Jahr für Jahr zweistellige Renditen einfahren, während die Verbraucher unter den Kosten leiden“, stellt der Spandauer Bundestagsabgeordnete Kai Wegner (CDU) klar.

Grütters hält Absolventenrede an der FU



Am 14. Januar 2013 ehrte das renommierte Otto-Suhr-Institut (OSI) der Freien Universität Berlin seine Absolventinnen und Absolventen mit der feierlichen Übergabe ihrer Abschlussurkunden. Vor mehr als 120 Gästen hielt die CDU-Bundestagsabgeordnete Monika Grüt-



ters die traditionelle Absolventenrede und machte den anwesenden Berufseinsteigern Mut. „Das OSI ist eine gute Adresse und für seine hervorragende Ausbildung anerkannt. Ein Abschluss von diesem Institut macht die Jobsuche deutlich einfacher“, so Monika Grüt-

ters in ihrer Festrede.

Ende Januar reiste der CDU-Bundestagsabgeordnete Karl-Georg Wellmann, Mitglied des

Karl-Georg Wellmann in Kiew



Auswärtigen Ausschusses, nach Kiew, um mit führenden Mitgliedern der ukrainischen Regierung zu sprechen. In Kiew traf er u. a. den Ministerpräsidenten Mykola Azarov und den neuen Außenminister Leonid Kozhara. Themen waren das ukrainische Gas-Transportsystem



und die mögliche Rolle Deutschlands in dem aufkommenden Konflikt der Ukraine mit Russland, aber auch das Verfahren gegen die ehemalige Ministerpräsidentin Timoschenko, die wegen Veruntreuung im Gefängnis sitzt.

Vogelsang setzt sich erfolgreich für ...



... Sternenkinder ein. Kinder, die mit einem Gewicht von weniger als 500 Gramm tot zur Welt kommen, werden „Sternenkinder“ genannt. Bisher galten sie als Fehlgeburten, ohne Möglichkeit einer amtlichen Urkunde oder eines Namens. Um einen würdigen Umgang mit Sternenkindern zu erreichen, hatten betroffene Eltern mit einer Petition erfolgreich um



eine Gesetzesänderung gekämpft. Unterstützt wurden sie dabei von der CDU-Bundestagsabgeordneten Stefanie Vogelsang. „Die christlich-liberale Koalition hat nun eine neue Regelung für Sternenkinder gefunden. Durch die Geburtsurkunde gehört das Sternenkind offiziell zur Familie. Leben muss als Leben bezeichnet werden, auch wenn es noch so klein ist“, so Vogelsang.

Luczak fordert: Mehr Rechte für Väter



Bisher konnten unverheiratete Väter ohne Zustimmung der Mutter das Sorgerecht für ihre Kinder nicht erlangen. Der Bundestag hat nun ein Gesetz verabschiedet, das die Rechte von unverheirateten Vätern substantiell verbessert: Lehnt die Mutter das gemeinsame Sorgerecht ab, können Väter künftig das Jugendamt oder das Familiengericht anrufen. Bei der Entscheidung gilt dann die gesetzliche Vermutung, dass ein gemeinsames Sorgerecht dem Kindeswohl



entspricht. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Jan-Marco Luczak, Mitglied im Rechtsausschuss, begrüßt diese Regelung: „Die gesellschaftliche Realität hat sich verändert, immer mehr unverheiratete Väter wollen heute auch die Verantwortung für ihre Kinder übernehmen. Das ist gut – Kinder brauchen Mutter und Vater.“



Kontakt zu den Bundestagsabgeordneten der Berliner CDU:

(Vorname der/des Abgeordneten).
(Nachname der/des Abgeordneten)@
bundestag.de –

z.B. kai.wegner@bundestag.de

Union vor Ort ...

Bundesweite CDU-Mitgliederwerbekampagne

Andrea Gowitzke aus dem Spandauer Ortsverband Siemensstadt ist das Berliner Gesicht der bundesweiten Mitgliederwerbekampagne der CDU Deutschlands. Neben elf weiteren engagierten Mitgliedern aus anderen Bundesländern wirbt sie im Wahljahr 2013 für den Eintritt in die CDU. Im Rahmen ihres Besuches des Bundesparteitages in Hannover, zu dem die Gesichter der CDU-Mitgliederwerbekampagne eingeladen wurden, hatte Andrea Gowitzke Gelegenheit, einen exklusiven Blick hinter die



Parteitagskulissen zu werfen und Bundeskanzlerin **Angela Merkel** persönlich zu treffen. Der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Innensenator **Frank Henkel**, der Generalsekretär und Kreisvorsitzende der CDU Spandau, **Kai Wegner**, und der stellvertretende Bezirksbürgermeister von Spandau, **Carsten Röding**, zeigten sich stolz mit dem „Berliner Gesicht“ (siehe Foto).

Kiezweite CDU-Mitgliederwerbekampagne

Die Tegeler CDU hat die Bundeskampagne perfekt für ihren Bereich übernommen. Mit insgesamt 15 Motiven stehen die Personen mit ihren unterschiedlichen Biografien für die CDU und



nennen ihre Beweggründe, sich in und für die CDU ehrenamtlich zu engagieren. „Die CDU ist eine Volkspartei durch ihre Mitglieder! Ein Querschnitt der Mitglieder macht dies deutlich“, stellt der Vorsitzende der Tegeler CDU, **Dirk Steffel**, fest (im Foto: **Ulli Wegner**, Boxtrainer).

Neuer Polizeipräsident zu Gast bei der Berliner CDU

Eine angeregte Diskussion mit dem neuen Berliner Polizeipräsidenten **Klaus Kandt** hatten der



Polizeiarbeitskreis und das Forum Sicherheit der Berliner CDU organisiert. Unter der Leitung von **Peter Trapp** und **Rüdiger Jakesch** besprachen die über 100 Anwesenden unter anderem Fragen der Polizeiausstattung und -präsenz sowie der Besoldung.

CDU Gropiusstadt: ausgewählt dialogfreudig

Unter 10.000 Ortsverbänden hat das Konrad-Adenauer-Haus die CDU Gropiusstadt für die Teilnahme am Workshop der BMW-Stiftung „Die Offene Basis - Beteiligung gemeinsam denken“ ausgesucht. Basisvertreter aller im



Bundestag vertretenen Parteien haben sich dort über besonders gute Möglichkeiten der Mitgliederwerbung und -beteiligung ausgetauscht. Die CDU Gropiusstadt setzt außerdem ihren Dialog zwischen Medien und Politik fort. Nach dem Austausch mit B.Z.-Chefkolumnist Gunnar Schupelius diskutiert der Ortsverband demnächst mit Autor und Spiegel-Kolumnist **Jan Fleischhauer** darüber, wie politisch gefärbt die Berichterstattung der Medien ist. Die Veranstaltung findet am Dienstag, den 19. März 2013 ab 19:30 Uhr im Restaurant „Atrium“, Bat-Yam-Platz 1, 12353 Berlin statt. Um Anmeldung wird gebeten unter: anmeldung@cdu-gropiusstadt.de

Preis für besondere Verdienste ins Leben gerufen

Die CDU Lichtenberg hat auf ihrem Neujahrsempfang im Schloss Friedrichsfelde erstmals den „Preis für besondere Verdienste um den Bezirk“ vergeben, welcher mit 500 Euro Preisgeld dotiert ist und auf die Initiative des CDU-Abgeordneten **Danny Freymark** zurückgeht. Eine hochkarätige Jury aus **Martin Pätzold** (Bundestagskandidat), **Dr. Sabine Bergmann-Pohl** (letzte DDR-Volkskammerpräsidentin), **Michael von Treskow** (Nachfahre des konservativen Politikers Karl von Treskow), **Thomas Ziolko** (Freunde Hauptstadtzoos) und **Christine Nünthel** (Frauen Union) ehrte die scheidende Lichtenberger Integrationsbeauf-



tragte **Heike Marquardt**. Der Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, **Wilfried Nünthel**, betonte in seiner Laudatio, es werde eine Frau ausgezeichnet, „die ihren Beruf zur Berufung gemacht hat“.

Präsidenten-Pranken prämiert

Kräftig zupacken – das kommt an! Das Pranken-Foto von Füchse-Präsident **Frank Steffel** wurde zum „Sportfoto des Jahres“ gekürt. Der Reinickendorfer Bundestagsabgeordnete (CDU) bewies, dass er nicht nur leidenschaftlich für die Politik brennt. Beim Spiel Füchse gegen Wetzlar griff er mit voller Kraft zu und schlichtete einen Streit zwischen Nationaltorhüter **Silvio Heinevetter** und Wetzlars Spieler **Michael Müller**.



in Ihrem Bezirk ...

Die „BERLINboxx“ schreibt dazu: „Mit seinem engagierten Einschreiten hat Frank Steffel der hässlichen Szene ein Ende gemacht. Das nennt man vollen Einsatz. Für uns das Berliner Sportfoto des Jahres.“ Im Dezember würdigte bereits das bekannte Handball-Magazin „HM“ das Foto in seiner Rubrik „Bilder des Monats“.

Günter-Zemla-Haus verliert Busstation

Der Fahrplanwechsel der BVG 2012/2013 sorgt im Märkischen Viertel noch immer für Aufregung. Laut BVG herrscht hier ein Über-



angebot an Bussen, darum wurde die Linie 325 ersatzlos gestrichen. Das Selbsthilfe- und Stadtteilzentrum Günter-Zemla-Haus des **UNION-HILFSWERK** verlor auf diese Weise „seine“ Haltestelle, den Sagritzer Weg. Viele ältere und kranke Personen können das Haus nun nicht mehr besuchen. Neben Menschen im Rollstuhl oder mit Rollator sind vor allem die Mitglieder der Multiple-Sklerose- und der Lungenemphysem-Gruppe betroffen. Mit einem gemeinsamen Antrag wollen CDU und Bündnis 90/Die Grünen das Bezirksamt nun dazu bewegen, die Bushaltestelle wieder anzufahren. Der Antrag liegt dem Verkehrsausschuss vor.

Luczak hilft in der Lichtenrader Suppenküche

Die Suppenküche Lichtenrade erhielt zu Weihnachten Hilfe: Den rund 150 Gästen in der Finchleystraße 11 überreichte der CDU-Bundestagsabgeordnete **Jan-Marco Luczak** Lebens-



mittel sowie Weihnachtssüßigkeiten und half auch sonst fleißig mit. Luczak wollte mit seinem Besuch seine Anerkennung und seinen Dank für die Helfer der Suppenküche ausdrücken.

Grütters unterstützt neueröffneten Malteserladen

Am 2. Adventssamstag besuchte **Monika Grütters** (CDU) den Malteserladen im Bergmannkiez und unterstützte die ausschließlich



ehrenamtlich arbeitenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit vielen Sachspenden. Im Malteserladen werden gespendete Kleidung, Bücher und CDs für den guten Zweck verkauft. Die Gewinne aus dem Verkauf fließen in Berliner und internationale Hilfsprojekte.

Vogelsang holt „ERSTE SCHRITTE“ nach Neukölln

Mit ERSTE SCHRITTE bietet das Klinikum Neukölln wirksame Unterstützung schon in der allerersten Lebensphase eines Kindes. Durch



Hausbesuche und Gruppenangebote werden Familien mit Migrationshintergrund in der ersten Zeit nach der Geburt ihres Kindes gezielt gefördert und begleitet. **Stefanie Vogelsang** (CDU): „Wir sind sehr froh, dass wir dieses Forschungs- und Betreuungsprojekt nach Neukölln holen konnten. Hier gibt es die größte Geburtsklinik Deutschlands, die größte Bandbreite der Herkunft, viele Mütter in sozial schwierigen Lagen.“



Wellmann begrüßt Urteil zu Flugrouten

Mit seinem Urteil vom Januar dieses Jahres hat das Oberverwaltungsgericht die Flugrouten über dem Wannsee für rechtswidrig erklärt. Die Risiken der Route über den Forschungsreaktor des Helmholtz-Zentrums seien nicht hinreichend überprüft worden. **Karl-Georg Wellmann**, CDU-Bundestagsabgeordneter aus Steglitz-Zehlendorf, sieht das Urteil als Bestätigung gemeinsamer Anstrengungen mit den Bürgerinitiativen und fordert das Bundesamt für Flugsicherung (BAF) auf, die Entscheidung des Gerichts zu respektieren. Außerdem schlägt er dem BAF Gespräche mit allen Beteiligten vor und bittet dabei auch Bundesverkehrsminister Ramsauer um Unterstützung.

Bei minus 10 Grad im Gespräch mit den Bürgern

Gemeinsam mit dem Bundestagskandidaten für den Wahlkreis 83 Friedrichshain-Kreuzberg/Prenzlauer Berg Ost, **Götz Müller**, waren die Aktiven des CDU-Ortsverbandes Greifswalder Straße bei minus 10 Grad im Bötzwiertel unterwegs, um mit den Anwohnern ins Gespräch zu kommen. Die Bereitschaft der CDU, bei der



eisigen Witterung die Stellung zu halten, wurde durch einen regen Austausch mit den Bürgern belohnt. Angesprochen wurden die CDUler vor allem auf die Chancen, den Wahlkreis zu gewinnen. Hierzu gab Götz Müller ein klares Statement ab: „Kämpfen lohnt sich immer. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“

und Ihrem Kiez

Die CDU Berlin will's wissen
Fortsetzung von Seite 3

40. Tegeler Gespräch mit Wolfgang Bosbach

Insgesamt mehr als 5.000 Besucher sind in den letzten 13 Jahren bei den „Tegeler Gesprächen“ Gast der CDU Tegel gewesen, stellt der Vorsitzende und Initiator der Tegeler Gespräche, **Dirk Steffel**, fest. Das am 19. Februar stattge-



fundene 40. Tegeler Gespräch mit CDU-Innenexperte **Wolfgang Bosbach** konnte die über 150 Besucher wieder in einem ex-

klusiven Rahmen mit gutem Essen, politischem Talk und einem tollen Rahmenprogramm begeistern. Die anschließende Talkrunde – unter anderem mit CDU-Generalsekretär **Kai Wegner** – beschäftigt sich mit Deutschland aus der Sicht des Auslands

Dorothee Bär zu Gast bei der Einweihung des neuen JU-Clubs

Zur Einweihung des neuen JU-Clubs konnte die Junge Union Reinickendorf am 29. Januar die jugendpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und ehemalige stellvertretende JU-Bundesvorsitzende, **Dorothee Bär**, be-



grüßen. Die junge Abgeordnete und Vorsitzende des CSU-net diskutierte mit dem Kreisvorsitzenden **Björn Wohler** und 50 weiteren JUlern über Chancen und Risiken des Internets, insbesondere sozialer Netzwerke.

Freunde Europas aus Berlin in Brüssel

Ende Dezember waren Mitglieder des Vorstandes des „Freundeskreis Europa e.V.“ unter

der Leitung des ehemaligen Berliner Staatssekretärs **Volker Liepelt** zu Gast beim Berliner CDU-Europaabgeordneten **Joachim Zeller** in Brüssel. Der ehrenamtlich tätige Verein hat sich



die Schaffung von Verbindungen zwischen den Menschen in Europa zum Ziel gesetzt und informiert mit Veranstaltungen über europäische Themen. Die Delegationsteilnehmer erstaunte dabei die Themenfülle und -dichte der Arbeit des Europäischen Parlaments. Sie bemängelten, dass in den regionalen und nationalen Medien darüber nur wenig zu erfahren ist.

Lau zum Aussiedlerbeauftragten der Berliner CDU ernannt

Der Landesvorstand der CDU Berlin hat **Karlheinz Lau** zum Aussiedlerbeauftragten der Berliner CDU ernannt. Lau wurde in Küstrin, heute Kostrzyn, geboren und entdeckte früh sein Interesse an Geschichte und am deutsch-polnischen Verhältnis. Der ehemalige Oberschulrat kann auf zahlreiche politische Aktivitäten zurückblicken – unter anderem im Bund der Vertriebenen, beim Presse- und Informationsamt des Landes Berlin und in der Bundeszentrale für politische Bildung. „Nach meinem Verständnis sind die Zielgruppen eines Aussiedlerbeauftragten die



Deutschstämmigen aus den GUS-Staaten sowie deutsche Spätaussiedler vornehmlich aus Polen“, so Lau. Karlheinz Lau vertritt die CDU Berlin bei den Konferenzen der Aussiedlerbeauftragten der CDU Deutschlands.

Als kleiner Anreiz, dafür an dieser Briefumfrage teilzunehmen, wurde für drei Personen ein Abendessen mit dem Landesvorsitzenden Frank Henkel ausgelobt. Die Gewinner stehen nun fest. Wir gratulieren: Julia Elkemann (OV Boxhagener Platz), Heiko Pruggmayer (Alt-Tempelhof) und Peter Mard (Gartenstadt Schmargendorf)

Die Resonanz auf die Umfrage war insgesamt so beeindruckend, dass nunmehr auch über das Internet und damit zeit- und kostengünstiger Umfragen stattfinden werden. In ihrer Rundmail erklärten der Landesvorsitzende Frank Henkel und Generalsekretär Kai Wegner: „Ihre Antworten haben uns auch gezeigt, dass bei unseren Mitgliedern der Wunsch besteht, häufiger nach ihrer Meinung gefragt zu werden. Diesen Wunsch setzen wir gerne in die Tat um und starten unsere neue Umfrage-Seite „CDU-Berlin-Umfrage.de“...“

Wiederum ist der Rücklauf beachtlich. Bis zur Drucklegung dieser Zeitung beteiligten sich innerhalb weniger Tage weit über 800 Mitglieder an der ersten „Umfrage des Monats“ im Internet. Die wichtigsten Ergebnisse finden auf Seite 2.

Das Umfrage-Set

- ✓ 4 Verlängerungsstützen je 1 m
- ✓ 10 Umfrageplakate in A1 (kostenlose Nachbestellung möglich)
- ✓ 1 Edding
- ✓ 200 Umfrage-Postkarten

*Umfrage-Set im Gesamtwert von ca. 50 Euro

Wir wollen's wissen. CDU BERLIN

Weiterer Teil der Kampagne „Wir wollen's wissen“ ist das sogenannte „Umfrage-Set“, das für CDU-Ortsverbände kostenlos erhältlich ist. Hierbei wird für Straßen-Aktionen der bekannte A-1-Ständer auf Schreibhöhe „aufgebockt“ und dient damit als Abstimmungstafel für jedes Thema, das den Kiez bewegt.

Weitere Umfragen und Aktionen folgen. Die Ergebnisse finden Sie hier in Ihrer Berliner Rundschau.

Regierungsmannschaft in Klausur

Es gab viel zu bereden auf der ersten gemeinsamen Klausurtagung der Senatoren von SPD und CDU am 18. Februar. Im Schloss Britz standen wichtige Themen wie der Doppelhaushalt 2014/15, die Personalentwicklung und Berlin als wachsende Stadt auf der Tagesordnung. Angesichts eines Schuldenbergs von 63 Milliarden Euro ging es darum, auszuloten, wie trotz begrenzter Spielräume dringend notwendige Ausgaben und Investitionen getätigt werden können.



Der Landesvorsitzende der CDU Berlin, Frank Henkel, stellte klar: „Vom vereinbarten Konsolidierungskurs wird nicht abgewichen. Dieser entspricht in besonderer Weise unserem Verständnis von Politik.“

Gleichzeitig sei es unerlässlich, die Arbeitsfähigkeit der Verwaltung auf hohem Niveau zu halten. Die Leistungen, die der Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern schulde, müssten wahrnehmbar erbracht werden. Henkel, der als Innensenator auch für das Personal im öffentlichen Dienst mitverantwortlich ist, warnte in diesem Zusammenhang vor einer Abwanderung. „Um diesem Problem entgegenzuwirken, müssen wir das Gehaltsniveau möglichst schnell an das der Kollegen in Brandenburg anpassen. Bis 2017 soll dann schrittweise eine Angleichung an das Bundesniveau erfolgen“, so Henkel weiter.

Um die Personalsituation zu entschärfen,

Die Senatoren der CDU bei ihrer Vorbereitungsbesprechung zur gemeinsamen Klausurtagung des gesamten Senats

schlug der Innensenator zudem ein zentrales Personalmanagement vor. Bisher sind die Senatsressorts und die Bezirksämter für die Verwaltung selbst verantwortlich.

Eine weitere große Herausforderung ist die „wachsende Stadt“. Immer mehr Menschen ziehen nach Berlin. „Bis 2030 werden in der Hauptstadt rund 250 000 Menschen leben als jetzt. Das entspricht ungefähr der Größe eines Bezirks“, erklärte Henkel. Der Senat beschloss daher in seiner Klausur, dass dieser Entwicklung unter anderem mit dem Bau von Wohnungen, Schulen und Kitas Rechnung getragen werden muss.

Die Senatsklausur war ein wichtiger Auftakt. Auch wenn auf einige Fragen noch Antworten gefunden werden müssen, sind die bisher gefassten Beschlüsse eine gute Grundlage für wesentliche Entscheidungen der nächsten Monate. Die Regierung aus SPD und CDU will beispielsweise bis Mitte Juni den Haushaltsentwurf verabschieden, der dann Mitte August im Abgeordnetenhaus beraten wird. Darüber hinaus soll bis zum Sommer ein Personalkonzept für den öffentlichen Dienst vorgelegt werden.

Zukunft leben – Die demografische Chance

AUSSTELLUNG IM MUSEUM FÜR NATURKUNDE

Wir leben länger. Wir bekommen weniger Kinder. Wir werden vielfältiger. Bundeskanzlerin Angela Merkel hält den demografischen Wandel für „die größte gesellschaftliche Veränderung neben der Globalisierung“ und Sozialsenator Mario Czaja fordert: „Berlin muss das Altern neu entdecken“.

Wie wir morgen altern, aber auch leben, arbeiten und Kinder kriegen werden, ist Thema der Ausstellung der Leibniz-Gemeinschaft unter dem Titel „Zukunft leben: Die demografische Chance“. Bundesbildungsministerin Johanna Wanka (CDU) wird diese zentrale Begleitausstellung zum Wissenschaftsjahr 2013 am 26. Februar im Museum für Naturkunde eröffnen. Fragen und Erkenntnisse zum demografischen Wandel werden, auch mit Hilfe von Fotos, Comics, Trickfilmen und interaktiven Formaten, präsentiert – vielleicht eine ideale Vorbereitung für den Demografie-Gipfel der Bundesregierung im Mai.

Die Ausstellung ist vom 27. Februar bis zum 7. April 2013 dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr im Museum für Naturkunde zu

sehen. Der Eintritt beträgt 5.- Euro, ermäßigt 3.- Euro (Dinos gucken inklusive). Für Leser der „Berliner Rundschau“ verlost die Leibniz-Gemeinschaft 5x2 Freikarten. Um an der Verlosung teilzunehmen, senden Sie bitte eine E-Mail mit Namen und Adresse an: Verlosung@leibniz-gemeinschaft.de (Betreff: Berliner Rundschau).



Solide Haushaltspolitik für Berlin

Durch straffe Ausgabendisziplin und eine erfolgreiche Einnahmeentwicklung konnte der Landeshaushalt 2012 ohne Neuverschuldung mit einem Plus von rund 1,1 Milliarden Euro abgeschlossen werden. Dadurch konnten 315 Millionen Euro des 63 Milliarden großen Schuldenbergs getilgt werden. „Diesen Weg der Haushaltskonsolidierung wollen wir in den nächsten Jahren weiter gehen. Dabei verfolgen wir gleichzeitig die Umsetzung unserer politischen Schwerpunkte“, erklärt der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Florian Graf. Bereits im vergangenen Jahr konnten die Bezirke mit zusätzlichen 50 Millionen Euro gestärkt, 250 zusätzliche Polizisten eingestellt und 5.000 neue Kita-Plätze geschaffen werden. „Nach zehn Jahren Rot-Rot ist Berlin bereits nach einem Jahr CDU-Regierungsbeteiligung wieder auf Wachstums- und Erfolgskurs“, so Graf.



Einladung zum zweiten CDU-Talk-Frühschoppen

Der erste Frühschoppen am Wittenbergplatz schaffte es direkt bis in die Berliner Medien. Der Tagesspiegel, der sich insbesondere den Äußerungen von Bahnchef Grube widmete, stellte zur Veranstaltung fest, dass „die Talkshow mit Weißwurst und Schmalzbrot, Bier und Wein“ in den Räumen des CDU-Landesverbands am Wittenbergplatz gut ankam. Auch die B.Z. und andere berichteten über diesen gelungenen Auftakt.

Die zweite Auflage des neuen Veranstaltungskonzepts wird es am Sonntag, den 17. März, geben. Es sollen wiederum nicht nur die Gäste im Saal der Landesgeschäftsstelle auf ihre Kosten kommen, sondern auch die Zuschauer, die eine zeitgleiche Übertragung der Veranstaltung im Internet verfolgen können (zu erreichen über cduberlin.de). Diese Übertragung wird allerdings nur den reinen Gesprächsteil zwischen 12:00 und 13:00 Uhr zeigen, während zur Veranstaltung bereits ab 11 Uhr eingelassen wird. Die letzte Veranstaltung können Sie zur Einstimmung auf dem Youtube-Kanal der CDU Berlin im Internet in voller Länge „nach“-sehen.

Neben der technisch ausgereiften Ausstattung gibt es auch dieses Mal wieder das, was zu einem richtigen Frühschoppen dazugehört: einen deftigen Imbiss mit Getränken. Für einen Kostenbeitrag von fünf Euro je Gast erhält man - je nach Wunsch - ein Wein- oder Bierglas mit Brandenburger-Tor-Logo als Geschenk und an-



sonsten Verpflegung, gute Gespräche und gute Unterhaltung inklusive. Beim letzten Mal noch durch Krankheit verhindert, wird diesmal der CDU-Landesvorsitzende, Bürgermeister und Innen- und Sportsenator Frank Henkel sich den Fragen des Moderators Jan Peter Luther stellen. Daneben steht die Journalistin Christine Richter zum Gespräch bereit. Sie verantwortet das Ressort Berlin/Brandenburg der Berliner Morgenpost und ist zugleich Mitglied der Chefredaktion. Als dritter Talk-Gast hat Rainer Eppelmann zugesagt. Der Dachdeckergehilfe, Pfarrer sowie

Abrüstungs- und Verteidigungsminister der DDR a.D. heute Vorstandsvorsitzender der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Diese Einladung wendet sich an alle Mitglieder und Freunde der Berliner CDU. Nach dem außerordentlichen Zuspruch zum ersten Frühschoppen bitten wir dringend um telefonische Anmeldung für Sie und Ihre Bekannten unter der Telefonnummer 030/32 69 04-0 oder per E-Mail unter cduberlin@cduberlin.de. Vielen Dank.



EINLADUNG

Großer Frühlingsball 2013

Der Vorstand des Polizeiarbeitskreises der CDU Berlin lädt zum 34. großen Frühlingsball ein, dieses Mal mit dem Motto „Korea“. Durch das Programm führt der innenpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, **Dr. Robbin Juhnke**. Es erwarten Sie ein tolles Büffet, etliche Überraschungen und ausgezeichnete Tanzmusik mit dem Berlin Starlight Orchestra!

Samstag, den 23. März 2013

Best Western Hotel Steglitz international, Albrechtstr. 2, 12165 Berlin
Einlass ab 19.00 Uhr, Beginn: 20.00 Uhr, Ende: 01:00 Uhr
40,00 Euro/inkl. Büffet und Tombola

Karten können mittwochs von 10.00 bis 13.00 Uhr in der Landesgeschäftsstelle unter der Telefonnummer **32 69 04 30** oder täglich unter **0172 444 73 37** (bei Frau Diana Schmitz) bestellt werden.

